

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 5. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Kopierzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Die Pariser Konferenz gescheitert!

Paris, 4. Januar, 7 Uhr abends. (WTB.) Die Konferenz ist beendet.

Paris, 4. Januar. (Havas.) Poincaré und Bonar Law gaben nach der Nachmittagspause Erklärungen ab.

Englands Einspruch keiner Erörterung wert.

Paris, 4. Januar, 5 Uhr nachm. (WTB.) Die Konferenzverhandlungen sind zurzeit auf eine Stunde unterbrochen.

Italien gegen England.

Paris, 4. Januar, 1/4 Uhr nachm. (WTB.) Die dritte Vollziehung der Konferenz hat einige Minuten nach 3 Uhr begonnen.

Die Schlusfreden.

Paris, 4. Januar. (Havas omtlich.) Bonar Law hat in der Schlussführung der Konferenz folgende Erklärung abgegeben.

Ministerpräsident Poincaré gab hierauf die folgende Erklärung ab: Die Regierung der Französischen Republik hat die britischen Vorschläge sehr aufmerksam und sehr eingehend geprüft.

Erklärung der deutschen Regierung.

Berlin, 4. Januar. (WTB.) (Amtlich.) Nach den heute hier eingetroffenen Nachrichten ist die Pariser Konferenz ergebnislos verlaufen.

Die Konferenz ist nicht nur in Deutschland, sondern von den Einsichtigen aller Länder begrüßt worden in der Hoffnung, daß endlich, vier Jahre nach Beendigung des Krieges, das Reparationsproblem eine ausführende Lösung finden und daß Deutschland wie ganz Europa aus dem wirtschaftlichen Chaos...

Deutschland ist nicht gehört worden, obwohl es nach dem Friedensvertrag einen Anspruch darauf hat. Seine Vorschläge sind in Paris nicht einmal entgegengenommen worden.

Die deutsche Regierung hat angeichts der Ablehnung, die in Paris schon der englische Reparationsplan gefunden hat, davon abgesehen, ihre Vorschläge, die unter diesen Umständen keine Aussicht auf Berücksichtigung haben konnten, der Konferenz unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen.

Die Debatte Bonar Law / Poincaré.

Paris, 4. Januar. (GE.) In der Nachmittags Sitzung antwortete Bonar Law auf die Kritik Poincarés an dem englischen Plan. Er stellte besonders fest, daß die Alliierten zu unrecht sich darüber beklagten, daß sie bei Durchführung der englischen Pläne zu geringe Zahlungen von Deutschland erhielten.

Bonar Law sandte um 2 Uhr ein Flugzeug mit einem Delegierten an Bord nach London, um eine dringliche Meldung überbringen zu lassen.

Paris, 4. Januar. (WTB.) Ueber die Verhandlungen im ersten Teil der heutigen Konferenz berichtet Havas noch: Der italienische Delegierte Marquis della Torretta kritisierte kurz den britischen Plan und hob besonders hervor, daß die Solidarität der ehemals feindlichen Mächte durch die Vorschläge Bonar Laws entgegen den Versailler Bestimmungen gebrochen worden sei.

Bahn frei für Neubefragung?

Paris, 4. Januar. (WTB.) Nach Erkundigungen der Agence Havas bei den verschiedenen Delegationen scheint ein Ausgleich der britischen und der französischen Ansichten für die französische Regierung unmöglich zu sein.

land erlauben würde, sich zum Nachteil der zerstörten Länder zu erheben. Poincaré habe diese Auffassung gestern nachmittags klar ausgesprochen.

Ueber dem unbeflegten Mannheim kreuzten Donnerstag früh längere Zeit französische Kriegsfugzeuge.

Bonar Laws Bemühungen.

Paris, 4. Januar. (WTB.) Bonar Law sagte nach der Morgenpresse in der Rede, die er gestern auf der Konferenz hielt: Die wahre Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England ist eine sachliche.

keine Illusionen über die Realität der Meinungsverschiedenheit unter den Alliierten

machen; die betreffe den Betrag der deutschen Schuld und die Art der Einziehung. Hinsichtlich des zweiten Punktes verkenne der französische Plan, daß die einzige Art, sich sofort bedeutende Zahlungen zu verschaffen, darin bestehe, den Kredit Deutschlands wieder zu heben.

„Times“ meldet: Bonar Law sagte u. a., es habe keinen Zweck, einen unausführbaren Plan anzustellen, es werde besser sein, einen zeitweiligen Plan anzunehmen.

Opposition in England.

London, 4. Januar. (WTB.) In einem Beitrage wirft „Daily Mail“ Bonar Law vor, er habe die Entente gefährdet und den Deutschen in die Hände gespielt.

Die Pariser Konferenz ist gesprengt. Sie hat nicht nur nicht die erhoffte „Endlösung“ gebracht, sondern auch nicht einmal ein Provisorium, das über die Schwierigkeiten der nächsten Monate hinweghilft.

Einstweilen, solange der Vertrag von Versailles noch gilt, steht die Sache in rechtlicher Hinsicht folgendermaßen: Deutschland hat nicht mit einzelnen Mächten, auch nicht mit der Gesamtheit der „alliierten und assoziierten Regierungen“, sondern nur mit der Reparationskommission zu tun.

Die Reparationskommission kann mit Stimmenmehrheit Zahlungen von Deutschland verlangen, die Deutschland nicht leisten kann. Würde sie aber aus einer solchen Nichtleistung eine vorsätzliche Verfehlung Deutschlands konstruieren wollen, so würde sie sich mit den Tatsachen und mit sich selbst in Widerspruch setzen.

Erst muß die Reparationskommission das Moratorium abgelehnt haben, muß Deutschland den am 15. Januar fälligen

gen Betrag nicht gezahlt haben, muß eine „vorsätzliche Verletzung“ festgestellt und eine Einigung der Alliierten über die Ergreifung von Maßnahmen erzielt sein, erst dann sind Sanktionen vertragsmäßig zulässig.

Sogenannte Sanktionen, die ohne Entscheidung der Reparationskommission oder von einer einzelnen Macht ergriffen werden, sind vertragswidrig und in völkerrechtlichem Sinn „feindliche Handlungen“.

Deutschland hat aus dem Vertrag von Versailles aber nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. Was ihm durch den Vertrag nicht genommen wird, das ist ihm zugestanden und wird durch den Vertrag geschützt. Der Vertrag schützt Deutschland vor dem eigenmächtigen Vorgehen einer einzelnen Macht, indem er ausdrücklich nur ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten zuläßt. Der Vertrag hat, indem er es zur Entwaffnung verpflichtete, Deutschland unfähig gemacht, äußerer Gewalt Widerstand zu leisten. Damit kann aber nicht jedem Nachbar das Recht gegeben sein, nach Belieben über das entwaffnete Deutschland herzufallen. Führt Frankreich einen solchen Überfall auf eigene Faust aus, dann macht es den Vertrag von Versailles zu einem leeren Papier und wird es vertragsbrüchig auch seinen Verbündeten gegenüber, denen damit die Pflicht zufällt, Deutschland in der Rechtsphäre, die ihm der Vertrag belassen hat, zu schützen.

Diese Auffassung wird erfreulicherweise auch in England vertreten. So beschäftigt sich der „Manchester Guardian“ in einem ausführlichen Artikel mit dem von Frankreich auf Grund des Versailler Vertrages in Anspruch genommenen Recht zu Sanktionen. Auf Grund einer eingehenden Analyse der in diesen Tagen so oft zitierten Paragraphen 17 und 18 der zweiten Anlage zum Reparationskapitel kommt der Artikel zu Ergebnissen, die mit unserer Auffassung in allen Punkten übereinstimmen.

Zunächst weist er nach, daß es sich bei den im Vertrage für den Fall einer vorsätzlichen Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen vorgesehenen Maßnahmen nach allen Regeln der Vertrags- und Gesetzesauslegung ausschließlich um Maßnahmen wirtschaftlicher oder finanzieller Art, keinesfalls aber um territoriale Maßnahmen handeln kann. Das sei zweifellos der Grund, weswegen Poincaré selbst jede Absicht einer militärischen Besetzung des Ruhrgebiets in Abrede gestellt und lediglich von der Entsendung von Ingenieuren und Zollbeamten gesprochen habe. Man werde jedoch in England prüfen müssen, ob die Verwendung solcher Personen eine wirtschaftliche und finanzielle Maßnahme und nicht vielmehr eine Besetzung unter anderem Namen sei.

Der Artikel bezeichnet es dann weiter als einen Verstöß gegen den ganzen Geist und Wortlaut des Versailler Vertrages, wenn Frankreich behauptet, ohne Zustimmung seiner Alliierten gegen Deutschland vorgehen zu können. Dabei wird auf ein höchst bemerkenswertes französisches Zeugnis für diese Auffassung hingewiesen. In dem amtlichen Bericht des von der französischen Kammer für die Prüfung des Versailler Vertrages eingesetzten Ausschusses heißt es ausdrücklich, daß die bei Nichterfüllung der Reparationsverpflichtung vorgesehenen Maßnahmen von den Alliierten „in gemeinsamem Einverständnis“ zu treffen seien. Der Verfasser dieses Berichts sei kein anderer als Herr Barthou, der jetzige Vorsitzende der Reparationskommission, und die französische Kammer habe seine Auslegung des § 18 bei der Ratifikation des Versailler Vertrages angenommen.

Diese Übereinstimmung deutscher und englischer Rechtsauffassungen läßt nun freilich auf das praktische Verhalten Englands noch keinen Schluß zu. Es läßt sich heute nicht sagen, bis zu welchem Grade sich der englische Protest gegen französische Eigenmächtigkeiten steigern wird. Eigentlich müßte England, wenn es im Rahmen des Vertrags bleiben wollte, die schleunige Entscheidung des Völkerbundes anrufen, dessen Pflicht es wäre, gegen einen

gewalttätigen Vertragsbruch Frankreichs einen Einhaltsbefehl zu erlassen, doch ist bei der allgemein anerkannten Schwäche des Völkerbundes eine solche Entwicklung der Dinge wenig wahrscheinlich.

Eine weitaus realere Macht würde eine englisch-amerikanische Koalition darstellen. England und Amerika sind Gläubiger Frankreichs und Deutschlands, und sie können nicht wollen, daß einer ihrer Schuldner den andern und damit auch sich selber wirtschaftlich zugrunde richtet. Ihr Gläubigerinteresse läuft parallel mit ihrer rechtlichen Verpflichtung, das mit ihrer Hilfe geschlagene und entwaffnete Deutschland nicht zur wehrlosen Beute eines gewalttätigen Nachbarn werden zu lassen.

Jedoch wäre es falsch, darauf zu rechnen, daß Deutschland gegen französische Gewalttaten von England oder Amerika oder von beiden sofort wirksame Hilfe erhalten werde. Der französische Imperialismus wird voraussichtlich, wenn er Ernst macht, zunächst einen ungehörigen Triumph der widerrechtlichen Gewalt erleben. Nur freilich, was daraus wird, das sieht auf einem anderen Blatt.

Denn die Politik, die Deutschland seit dem Mai 1921 getrieben hat, ist doch nicht ohne Erfolg geblieben. Damals drohte die gesamte Entente solidarisch mit Ruhrbesetzung, inneren Zollgrenzen und neuer Blockade. Wenn Frankreich jetzt allein auszuführen versucht, was damals von allen gemeinsam angeordnet wurde, dann geht es den gefährlichen Weg in die Isolierung.

Indes, bis zum 16. Januar sind noch zehn Tage, bis dahin kann manches geschehen, was das Bild ändert. Aufgabe des deutschen Volkes und seiner Regierung ist es, die wahrscheinlich äußerst kritische Entwicklung dieser Tage kaltblütig zu beobachten und jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, um eine vielleicht noch mögliche Besserung der Situation herbeizuführen.

Poincaré und der Friedenspakt.

Edle Sorge um die Kleinen.

Paris, 4. Januar. (E.E.) In einem nach Washington gerichteten Telegramm bittet Poincaré den Botschafter Jufferand, dem Staatssekretär Hughes folgende Bemerkungen zu machen: 1. Der Zweck, den Deutschland durch sein Angebot verfolgte, war offenkundig der, daß Frankreich das linke Rheinufer räumen soll, bevor Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt habe. 2. Es sei töricht, zu behaupten, daß Deutschland vor seinem Eintritt in den Völkerbund nicht alle Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erfüllen habe. Dieser Vertrag sei von Deutschland unterschrieben worden. Infolgedessen hätte Deutschland nicht die Freiheit, Frankreich heute anzugreifen. 3. Der Vorschlag, Frankreich, Italien und England nicht anzugreifen, würde Deutschland die Möglichkeit gewähren, die kleinen Alliierten, besonders Polen und die Tschechoslowakei und sogar Neutrale wie Dänemark anzugreifen, um sich wieder in den Besitz der Gebiete zu setzen, die von Dänen und Polen bewohnt sind, und um seine Hegemonie über Europa wieder vorzubereiten. Frankreich wolle sehr gut, daß an dem Tage, wo Deutschland wieder den Krieg eröffne, es sich auf die kleinen Nationen stützen wolle. (1) Sein Plan, nicht anzugreifen, würde ihm dieses Recht lassen und würde es Frankreich verbieten, den kleinen Staaten zu Hilfe zu eilen.

Das Interesse Amerikas.

Wiedereintritt in die Reparationskommission?

New York, 4. Januar. (W.B.) Nach einer Meldung aus Washington verlautet von zuständiger Seite, daß die Regierung für Annahme des Entwurfs Robinsons, betreffend die Vertretung der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission sei. Sie habe eine solche Vertretung immer als wünschenswert erachtet. Sie stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß es Sache des Senats sei, der einen ähnlichen Vorschlag des Präsidenten Wilson abgelehnt habe, hierüber Beschluß zu fassen.

Dummheit oder Schikane?

Von Walter Fabian.

Was ich hier erzähle, ist eine wahre Geschichte. Ich erzähle sie, wie sie sich zutrug, ohne ein Wort hinzuzufügen, ohne ein Wort fortzulassen. Aber ich darf nicht darauf rechnen, daß man mir glaubt. Es ist eine verzweifelte Situation: ich erzähle eine wahre Begebenheit — und weiß, daß jeder, der sie liest, mich für einen Märchenerzähler, Lügner oder Berleumder halten muß. Immerhin, ich will beginnen.

Ich wollte von Frankfurt a. M. nach Berlin fahren, zusammen mit einer Dame. Meine Begleiterin hatte sich den Tag über krank gefühlt, und sie hätte sich zu Bett gelegt, müßten wir nicht noch heute nach Berlin zurück. Jedemfalls erlaube ich ihr nicht, ihren Koffer zu tragen. Ich bitte sie, vor der Sperre zu warten, bis ich mein Gepäck hineingebracht habe.

So bringe ich meinen Koffer in den Zug. Dann gehe ich langsam zurück und sage dem Mann an der Sperre, ich gehe gleich wieder hindurch, zusammen mit einer Dame, der das zweite Billett gehöre. Hier beginnt das Erlebnis. „Über mit einem zweiten Koffer kommen Sie nicht hindurch“, sagte er mit erhobener Stimme. — „Doch“, wage ich einzumenden, „denn wir haben ja zwei Plätze, und die Dame, mit der ich reise, darf ihren Koffer nicht heben, da sie krank ist.“ — „Sie kommen hier nicht mit einem zweiten Koffer hindurch“, sagt er drohend.

Ich merke, es hat keinen Sinn, hier in der Schilderung fortzuführen. Denn ich müßte feststellen, daß wir beide abwechselnd die beiden Sätze sprachen, die ich eben niederschrieb. Ohne Erfolg. Er hörte nicht auf meine sachliche Erklärung, und mir gelang es nicht, den Sinn seiner Anweisung zu erfassen.

Aber ich bin von Natur ein friedliebender Mensch. Ich ließ ihn stehen, suchte meine Begleiterin und bemühte mich zunächst, durch die Sperre des nebenan gelegenen Bahnsteigs hindurchzukommen, um weiteren Auseinandersetzungen zu entgehen. Die Bahnsteigsbureaukratie war nicht in der Lage, uns dies zu gestatten. So lehrten wir zu meinem alten Freunde zurück, in der stillen Hoffnung, er werde inzwischen ruhiger geworden sein.

Die Hoffnung trug. Sobald er uns sah, sprang er von seinem Sitze auf, öffnete die Tür seines Schalterhäuschens und verperrte uns den Weg. Das alte Spiel begann: jeder widerholte seinen Satz. Jemand etwas in mir bewunderte meine Geduld.

Wenn es auf mich ankommen würde, ständen wir heute noch auf unserem Platz. Denn ich bin ein Mann des Rechts und weiche nur der Vernunft. Und all mein Bemühen reichte nicht hin, hier Vernunft zu erwidern.

Offenbar war aber meine Begleiterin noch friedliebender als ich. (Wir kamen beide aus dem Haag, vom Weltfriedenskongress!) Sie fürchtete sich vor dem Augenblick, in dem mein Pazifismus unterlegen und meine Wut steigen müßte. So ergriff sie den Koffer, den ich neben mich gestellt hatte, trug ihn, alle Schmerzen mutig unterdrückend, die fünf Schritte durch die Sperre und setzte ihn dort zu Boden. Die Verordnung der preussischen Behörde hatte geknickt.

Ich betone, es geschah gegen meinen Willen. Wenn es auf mich angekommen wäre, ich stünde heute noch da. Und das wäre besser so gewesen. Denn dann hätte ich diese Geschichte dort nieder-

Deutschlands Not.

Unterernährung und Zunahme der Krankheiten.

Der preussische Wohlfahrtsminister hatte zum Donnerstag die Vertreter der in- und ausländischen Presse zu zwei Vorträgen über die Zerrüttung der deutschen Volksgesundheit eingeladen, die von dem Geh. Obermedizinalrat Dr. Krohne und Geheimrat Prof. Dr. Dietrich gehalten wurden.

Dr. Krohne führte aus: Seit Mitte 1922 ist eine neue Verschlechterung der Volksgesundheit unerkennbar. Die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel sind unerschwinglich. Eine vierköpfige Familie braucht für den normalen Bedarf an Fett bzw. Margarine pro Jahr 200 000 M. Die normale Ernährung einer solchen Familie kostet pro Jahr mindestens 750 000 M. Die neuesten Berichte aus den preussischen Regierungsbezirken zeigen, daß zahlreiche Familien der städtischen Bevölkerung bereits ein ausgesprochenes Hungerdasein führen. Todesfälle aus Verhungerung und Selbstmorde infolge von Hunger steigen von Tag zu Tag. 376 Storbutfälle sind in Preußen gemeldet. Vor allem ist die Zukunft der Jugend bedroht. Aus 24 preussischen Regierungsbezirken wird gemeldet, daß die Unterernährung der Kleinkinder und Schulkinder zum Teil erheblich über 50 Proz. hinausgeht. Die 1916/17 Geborenen können bis zu 10 Proz. nicht in die Schule aufgenommen werden. In Köln stieg diese Ziffer bereits auf 19 Prozent und in einigen Berliner Schulen auf 30 Proz. Die Mischnot ist katastrophal. Hunderttausende von Kindern bekommen heute keinen Tropfen Milch mehr. Die Todesfälle durch Tuberkulose des Jahres 1922 bis zum Oktober sind beträchtlich höher als die des ganzen Jahres 1921. Die Wohnungsnot trägt zur Ausbreitung der Tuberkulose enorm bei. Der Kohlenmangel vermehrt die Erkältungskrankheiten. Allein im ersten Quartal 1922 betrug die Zahl der Todesfälle an Lungenerkrankung 17 785 gegenüber nur 14 549 im ersten Quartal 1921. In den Städten über 15 000 Einwohnern stieg die Zahl der Todesfälle an Erkältungskrankheiten von 22,6 (auf 10 000 Einwohner gerechnet) im ersten Vierteljahr 1921 auf 29,9 im ersten Vierteljahr 1922. Der Mangel an Wäsche, an Bademöglichkeit und Seife vermehrt die Hautkrankheiten und vergrößert die Seuchengefahr.

Prof. Dr. Dietrich sprach über die Notlage der Ärzte, Apotheker und Heilanstalten. Die Ärzte wandern in andere Berufe ab. Die Werkzeuge und Apparate der Ärzte können nicht mehr ergänzt werden. Die Bevölkerung ist zu arm, um sich ärztliche Hilfe zu verschaffen. Selbst der gegen Krankheit Versicherte meidet sich nicht krank, da er mit dem Krankengeld sich und seine Familie nicht erhalten kann, sondern arbeitet fort, bis er auf dem Flusse liegt. Den Apothekern fehlt das Betriebskapital. Die Erhöhung der Arzneipreise wie der Arztgebühren, die jetzt bereits das 200fache der Friedenssätze beträgt, kann nicht helfen. Dazu kommt, daß der medizinische und pharmazeutische Nachwuchs immer mehr zurückgeht. Ebenso schlimm wie bei den Ärzten liegen die Verhältnisse bei den Heilanstalten. Viele Anstalten müssen ganz schließen, von Krankenanstalten 12 Proz., darunter auch kommunale Anstalten, von Säuglingsheimen 15 Proz., von Krippen 45 Proz. Weitere Schließungen stehen bevor. Die Reichssteuererhebung belastet durch die Verbrauchssteuer auf Kohle, Alkohol, Weizen usw. schwer die Heilanstalten. Die Kohlenrechnungen der Krankenhäuser gehen in die Millionen. Ein einziges Wäschchen der Hände zur Desinfizierung kostet 500 M. Das Reich hat eine Milliarde zur Unterstützung gegeben. Ausländische Spenden sind eingetroffen. Neue gewaltige Beträge sind notwendig, wenn der Not gesteuert werden soll. Nur ein gesundes Volk kann die gewaltigen Reparationslasten erfüllen. Deshalb ist Hilfe von innen und Erleichterung des wirtschaftlichen Drucks von außen durch die Entente dringend notwendig.

Die Münchener Postel ließ mit der Begründung, daß es eine Verherrlichung der russischen Zustände und eine verdeckte Aufforderung zum Hochverrat enthalte, ein kommunistisches Plakat entfernern, in dem eine Versammlung mit dem Thema „Moskauer Weltkongress“ angesetzt wurde. Anscheinend muß man in München auf die Reichsregierung schimpfen, um nicht des Hochverrats verdächtig zu sein.

General Hokers Freund und Mitarbeiter Ugocki wurde in Warschau als Führer einer Gruppe verhaftet, die sich für den Präsidentenmörder Rimwiadomski einsetzt.

Der Kreuzestod fürs Kriegerdenkmal.

Von Hans Bauer.

Es gibt ehrbare jüdische Zeitgenossen, die das Christentum für so etwas wie eine jüdische Feinde halten, nichts zu tun haben wollen mit dem milden Mann aus Bethsehem und lieber für den handfesten Botan mit dem Umhangsbart schwärmen.

Dagegen ist nichts zu sagen. Herr Botan hat zwar, da er schließlich kein abgebrannter Feldherr war, keine Memoiren hinterlassen; aber wer will nachweisen, daß er nicht streng rituell nach den Grundregeln gelebt hat, die heute jene ehrbaren Böllischen für sich als verbindlich erachten!

Es gibt aber nun auch andere Zeitgenossen, die unter Ablehnung Botans für das Christentum schwärmen, aber unter merkwürdiger Verkennung seiner Forderungen und seines Deingehalts in ihren Taten durchaus nicht zu ihm stehen.

Solche Menschen sind nicht wie die Botan-Wüteriche lächerlich, sondern ekelhaft.

Wer die Gewalt anbetet und Gewalt tut, den soll man in Schach halten, aber wer Christentum bekennt und Nationalstierel treibt, ist verächtlich.

Die Oberammergauer bekennen Christum. Alle zehn Jahre machen sie das ganze Dorf mobil, seine Leidensgeschichte vorzuführen. Das vergangene Jahr erst war wieder ein Passions-Jahr. Es ist an sich nichts dawider einzuwenden. Die Begleitumstände indes, unter denen sich das letzte Mal das Spiel vollzog, mußten bedenklich stimmen. Einmal spielte sich die Passion fast ausschließlich vor Boten ab, die weniger mühselig, als „beladen“ waren, und dann fanden die Vorführungen unter dem besonderen Protektorat von politisch so eindeutig bestimmten Personen wie Kahr und Kardinal Faulhaber. Und nun erzählt man noch, daß vor einigen Tagen beschlossen worden ist, 5 Millionen Mark von den „Erübrigungen des Passionsspiels“ zur Errichtung eines Kriegerdenkmals zu verwenden.

Kriegerdenkmäler brauchen nichts Mädelhaftes zu sein. Ein schlichter, in aller Stille errichteter Stein kann dem dankbaren Gedanken an Gefallene dienen. Mädelhaft aber ist in einer Zeit äußerster Lebensbedrängnis des deutschen Volkes die Bereitstellung einer Summe von 5 Millionen für einen proklamierten Bloß, der offenbar in einer Auffälligkeit hergerichtet werden soll, die die Lebendhaltung des Kriegespiels bezweckt. Und doppelt mädelhaft ist, daß die Millionen dazu verwendet werden sollen, die durch Darstellung jener Zeit Christi hereingebracht worden sind, in der er nach der Meinung der Gläubigen sich zur Erlösung der Menschheit zum Todesgange nach Galathea rüstete.

Oberammergau, genau schon kompromittiert durch seine Klammescheitlerel, ist durch diesen neuesten Triumph nachgerade eine unappetitliche Angelegenheit geworden.

Deutschland hat Hunger, die Armen seiner Söhne krepierten am Hunger; und diese bayerischen Bauernschichten haben 5 Millionen, die sie durch Darstellung der Todesnot des Bedrücktesten aller Armen zusammengeknippt haben, an ein Kriegerdenkmal!

Tausende von Postoren haben im Krieg ihren Mädel entweiht; die Oberammergauer haben sogar das Kreuz geschändet.

geschrieben und zum Schluß gebeten, hinzukommen und sich von der Wahrheit zu überzeugen. So aber muß ich fürchten, daß mir niemand glaubt.

Wilhelm gegen Ludwig. In dem Prozeß Wilhelms II. gegen den Schriftsteller Emil Ludwig, in dem der frühere Kaiser gegen die Aufführung des Ludwigschen Bismarck-Dramas „Die Entlassung“ geklagt hatte und in der zweiten Instanz vor dem Kammergericht abgewiesen worden war, ist nunmehr die schriftliche Urteilsbegründung zugestellt worden. Das Kammergericht führt aus:

„Ein gesetzlich geschütztes, allgemeines Persönlichkeitsrecht, vermöge dessen die Darstellung einer Person auf der Bühne oder in einem Schriftwerk untersagt werden könnte, kann nicht anerkannt werden. . . . Selbst wenn man eine rechtsähnliche Anwendung der Vorschriften über das Recht am eigenen Bilde auf die Bühnenverfälschung zulassen wollte, so würde auch hier der Gesetzeszweck verfehlen, denn Wilhelm II. könnte als eine der Zeitgeschichte angehörende Persönlichkeit seiner Darstellung auf der Bühne nur dann widersprechen, wenn hierdurch ein ihm zustehendes berechtigtes Interesse verletzt würde, insbesondere dann, wenn private Verhältnisse gefördert würden. Hier werden aber nur Vorurteile geschleudert, in denen die zeitgeschichtliche Persönlichkeit vermöge ihrer Stellung in die Erscheinung getreten sei. Eine Befeldigung könne in der Darstellung nicht gefunden werden. . . . Ein Unterlassungsanspruch kann auch nicht aus dem Grunde anerkannt werden, weil das Werk dem Kaiser einen Schaden, etwa — worauf er allein hinweist — in der Richtung eines nachteiligen Einflusses auf seine schwelbende Auseinandersetzung mit dem Freistaat Preußen zweifellos nicht zufügen kann. Für die Anwendbarkeit des § 326 BGB. fehlt jedenfalls der Verstoß gegen die guten Sitten.“

Dieser Urteil des Kammergerichts ist, da es in einer einstweiligen Verfügungsache ergangen ist, rechtskräftig. Eine Revision an das Reichsgericht ist nicht gegeben. Sicherlich wird aber in dem Hauptprozeß, den Wilhelm gegen Ludwig angestrengt hat, auch nach das Reichsgericht zu einem Spruch kommen. Vorläufig allerdings schwebt die Sache noch in erster Instanz vor dem Landgericht, das auf den 2. Februar Termin andersum hat.

Die Drehbühne in Frankreich. Die zuerst vom Münchener Lautenkläger praktisch verwirklichte Drehbühne ist bei uns in Deutschland seit langem eingebürgert und besonders von Reinhardt in geschickter Weise verwendet worden. Die Franzosen, die in Theaterfragen sehr rücksichtslos sind, haben sich erst jetzt zur Einführung der Drehbühne entschlossen, und zwar ist die erste Bühne das Grand Théâtre in Lyon, das seit Beginn dieser Saison eine solche Vorrichtung für Szenenverwandlungen besitzt. Im „Journal des Débats“ erzählt Hubert Morand von diesem „Wunder“, dem er noch mit vielen Zweifeln gegenübersteht. Es ist für uns nicht uninteressant, die Einwendungen gegen die Drehbühne zu hören, die bei uns längst überwunden sind. Sie beziehen sich hauptsächlich auf den angeblich unvermeidlichen Lärm, den der Szenenumbau verursacht, und auf die Unmöglichkeit, auf der Drehbühne großräumige Szenarien aufzubauen. Es scheint danach, daß die Franzosen mit der Drehbühne noch nicht viel anzufangen wissen, und daß sie gut daran täten, sich bei den Nachbarn jenseits des Rheins darüber einmal Aufklärung zu holen.

Löhne und Brotpreis.

„Aus außenpolitischen Gründen . . .“

Es ist kein Zufall, daß gegenwärtig eine Unternehmergruppe nach der anderen Lohnzulagen für Januar ablehnt und „aus außenpolitischen Gründen“, mit Rücksicht auf die Pariser Verhandlungen den Arbeitgebervertretern empfiehlt, ihre Zulageforderungen zurückzuziehen oder doch zurückzustellen. Diese Zurückhaltung ist um so unverständlich, als man bisher noch keine Silbe darüber vernommen hat, daß auch der Landwirtschaft, den Syndikaten, den Groß- und Kleinhändlern, empfohlen worden wäre — aus außenpolitischen Gründen und nicht minder auch aus innenpolitischen Gründen von jeder weiteren Preiserhöhung endlich abzusehen.

„Von industrieller Seite“ wird versucht, durch die Ill. die Öffentlichkeit darüber zu belehren, daß die bevorstehende Brotpreiserhöhung den Lohn so wenig beeinflusst, daß deshalb besondere Lohnzulagen nicht notwendig seien. Der Brotpreiserhöhung könne auch in Rahmen der allgemeinen Lohnbewegung Rechnung getragen werden. Gewiß, jedoch einmal nicht in der Weise, in der die jüngsten allgemeinen Lohnbewegungen von den Arbeitgebervertretern gelöst werden, dann aber auch nicht in Rahmen einer derartigen Argumentation, nach der selbst eine 100prozentige Brotpreiserhöhung für eine fünfköpfige Familie durch eine Lohnzulage zwischen 8 und 15 Proz. (!!) ausgeglichen würde.

Die Brotpreiserhöhungen bildeten bisher noch stets den Auftakt zu neuen Preiserhöhungsperioden, in einem Maße, daß dabei die eigentliche Erhöhung des Brotpreises keine Rolle mehr spielte, sondern weit überholt wurde. Die Tatsache dieser Erscheinung kann unmöglich bestritten werden. Und wenn die Gewerkschaften hieraus den Schluß ziehen, daß für die Brotpreiserhöhung ein besonderer Ausgleich geschaffen werden muß, so aus guten Gründen. Die Brotpreiserhöhung trifft alle Arbeitnehmer gleichmäßig, während nur ein Teil der Arbeitnehmer in lebenswichtigen Betrieben oder sonst günstigerer Position in der Lage ist, im Rahmen der allgemeinen Lohnbewegung den notwendigen Ausgleich zu finden, ein anderer nicht unerheblicher Teil aber in seiner ohnehin fargen Lebenshaltung noch weiter zurückgedrängt würde.

Bieten die jüngsten Beobachtungen den Gewerkschaften auch keinen Anlaß zur Beunruhigung oder gar zur Nervosität, so doch zu voller Aufmerksamkeit. Scheint es doch, als warte man da und dort schon auf Arbeitslosigkeit. Inzwischen sind die „auspolitischen Gründe“ wohl gegenstandslos geworden, falls sie nicht vorgeschützt waren. Und die Verhandlungen über die Januarlöhne werden sich vielleicht glatter abwickeln, als es nach dem Auftreten eines Teils der Unternehmer zu erwarten war.

Lohnverhandlungen für den Kohlenbergbau.

Der vom Reichsarbeitsministerium für die Lohnstreitigkeiten im Ruhrkohlenbergbau eingeschickte Schlichtungsausschuß hat unter Vorsitz des Staatssekretärs a. D. v. Moellendorff, sowie unter Mitwirkung der Professoren Hertner und Henke als unparteiische Beisitzer am 4. Januar verhandelt. Nach eingehender Beratung machten die drei Unparteiischen einen Vorschlag, dem aus verschiedenen Gründen weder die Vertreter der Arbeitgeber, noch die der Arbeitnehmer zustimmen. Da andererseits die drei Unparteiischen nicht in der Lage waren, den Vorschlägen der Parteibeisitzer zuzustimmen, ist ein Schlichtungsbefehl bisher nicht zustande gekommen. Das Reichsarbeitsministerium wird seine Einigungsbemühungen fortsetzen.

Ueber die Einigungsverhandlungen am 3. Januar ist, wie uns mitgeteilt wird, von unbenannter Seite eine in wesentlichen Punkten unzutreffende Darstellung den Zeitungen zugefandt worden. Insbesondere entspricht nicht den Tatsachen, daß ein Regierungsvertreter erklärt habe, Lohnverhandlungen im Bergbau seien aus außenpolitischen Gründen zurzeit unmöglich.

Streitigkeiten aus dem polnischen Korridorverehr gehören vor ein sändiges deutsch-polnisches Schlichtungsgericht, das in Danzig zusammengetreten ist.

Ein Idyll aus dem Klosterleben. Vor dem Pariser Seinegericht wurde kürzlich in einer ungewöhnlichen Prozeßsache das Urteil gefällt. Eine Mäuerin, die seit langen Jahren als Franziskaner-Schwester in der Krankenpflege tätig ist, hatte die Oberin ihres in einem Pariser Vorort gelegenen Klosters verklagt mit dem Antrag, ihr eine Jahresrente von 6000 Fr. zu zahlen, weil sie zu Unrecht aus dem Kloster ausgeschlossen worden sei. Die Klägerin, die als Ordensschwester den Namen Dittie führte, hatte das Klostergebäude im Jahre 1895 abgekauft. Im Jahre 1917 war sie eines Tages mit der die Küche besorgenden Schwester in Streit geraten, weil diese ihr ein Stück Butter, die damals auch in Frankreich ein kostbarer Artikel war, verweigert hatte. Von Worten war man zu Tätlichkeiten übergegangen, und im Verlauf des Kampfes hatte die wütende Schwester Dittie die Küchenschwester zu Boden geworfen. Dabei schlug diese so heftig mit dem Kopf auf eine Ofenbank, daß sie einen Schädelbruch davontrug, an dem sie zwei Tage später starb. Das Schwurgericht, vor dem sich Schwester Dittie wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten hatte, sprach die Angeklagte zwar frei; sie wurde aber nicht wieder im Kloster aufgenommen. Sie behauptete zu Unrecht entlassen zu sein, und forciert außerdem einen Schadenersatz mit der Begründung, daß sie sich während des fünf- und zwanzigjährigen Krankendienstes eine Rückgratverkrümmung zugezogen hätte, so daß sie heute duffig sei. Das Gericht lehnte indessen den Anspruch der ehemaligen Nonne ab und wies die Klage mit der Begründung zurück, daß das skandalöse Auftreten der Klägerin den Ausschluß aus dem Kloster vollumfänglich rechtfertige.

Ein Gesetz gegen den Kinderkaufhandel in China. Auf Grund der Entdeckungen, die in der letzten Zeit über den Sklavenhandel mit Kindern in China gemacht wurden, ist nunmehr, wie aus Hongkong berichtet wird, ein Gesetz erlassen worden. Danach darf niemand mehr sogenannte Muttis, wie die als Hausangestellte verwendeten kleinen Sklavinnen heißen, beschäftigen, wenn nicht ein geschäftlicher Dienstvertrag vorliegt. Weibliche Dienstboten unter 10 Jahren dürfen überhaupt nicht mehr beschäftigt werden. Die bereits vorhandenen Muttis müssen in Listen eingetragen werden, und die Besitzer solcher kleinen Sklavinnen sollen diese nur unter der Bedingung behalten dürfen, daß sie das Recht der Eltern übernehmen, ihre Kinder zurückzufordern, und den Kindern die Freiheit gewähren, ihre Beschäftigung auf eigenen Wunsch aufzugeben.

Im der Volkshäuser. „Lenten“ am Blomblad, gelangen am 3. Januar Hauptmann „Lenten“ mit Friedrich Kähler als Roba und Helene Hebbner als Frau Roba zum 50. Male zur Aufführung.

Im Kulturhaus findet bis auf weiteres Sonntag nachmittags keine Vorstellung statt.

Musikvorführungen. Sonntag, den 7. 24. Uhr vormittags, finden wissenschaftliche Vorträge durch Diebstahlbeamte im Neuen Museum (Einführung in die ethnologische Musik, und im Kaiser-Friedrich-Museum (Schwäbische Kunst) statt. Eintrittskarten zu 1. R. und Programm zu 2 R. Ab der Beginn der Vorträge am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Bei Ed. Schulte, Unter den Linden, ist eine Ausstellung von Del- und Wasserbildnissen von Walter Hippel eröffnet worden.

Der Sturm, Volksbamer Straße 134a. An der Januar-Ausstellung werden Gemälde, Zeichnungen und Holzschnitte von Johannes Wolzahn und Robert Michel gezeigt.

Völkische gegen Deutschnationale.

Es ist nichts so fein gesponnen . . .

In der völkischen „Deutschen Zeitung“ legt sich Freiherr v. Frentag-Loringhoven mit der neugegründeten Deutschvölkischen Freiheitspartei auseinander. Die Deutschsoziale Partei habe in Sachsen und Oberschlesien die deutschnationale Front geschwächt. Jetzt komme auch noch die Deutschvölkische Freiheitspartei. Bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten habe einer ihrer Vertreter die Deutschnationalen auf das heftigste angegriffen und so einen Riß in die völkische Front gebracht, der schwer, vielleicht gar nicht wieder zu heilen sein werde. Das sei ein Vergehen wider den völkischen Gedanken, das sich nicht wiederholen dürfe. Es scheint aber, daß man in der Deutschvölkischen Freiheitspartei anderer Meinung ist. Reinhold Wulle, dessen Abendblatt bekanntlich kurz nach dem Rathenau-Mord von den Deutschnationalen in ein besseres Jenseits bejodert wurde, richtet in der „Mecklenburger Worte“ gegen die Deutschnationale Partei Angriffe, die alles in den Schatten stellen, was bisher von irgendeiner Seite gegen die Deutschnationalen gesagt worden ist. Da die Herren von der Deutschvölkischen Freiheitspartei keine Gelegenheit zu haben scheinen, ihrer Meinung in der ihnen nahestehenden hauptstädtischen Presse Ausdruck zu verleihen, geben wir den Ausführungen des Herrn Wulle ausführlicher Raum.

Der Gang zum Präsidenten der Republik.

Reinhold Wulle klagt die Deutschnationale Volkspartei an, daß sie nicht gehalten habe, was sie ihren Wählern versprochen. Sie habe dem heutigen System — in Versammlungen — schärfsten Kampf angesetzt, in Wirklichkeit aber jeden nachrevolutionären Etat und damit auch den Reparationsetat bewilligt. Sie suche im Reichstag durch ständige „positive Mitarbeit“ das heutige System am Leben zu erhalten. Sie weigere sich, zu dem Mittel der Obstruktion zu greifen und durch Beseitigung der parlamentarischen Arbeit Reumachen zu erringen. In Görlich habe sie gegen den Reichspräsidenten Ebert schärfsten Kampf angefangen, der deutschnationale Vizepräsident Dietrich hingegen habe sich seit zur selben Stunde an dem Besuch des Reichstagspräsidiums bei dem Reichspräsidenten beteiligt, in dem Herr Ebert „in einer geradezu widerlichen Weise“ die Verdienste des Herrn Ebert unterstrich und die Glückwünsche des Reichstags zur Amtsverlängerung ausprobiert; Herr Hergt habe Herrn Ebert im Reichstag einen außerordentlich schätzenswerten Menschen genannt. Herr Heffrich habe im vorigen Jahr erklärt lassen, auch die Deutschnationalen hätten aus dem Zusammenbruch ihre Folgerungen gezogen und würden, wenn sie an der Regierung seien, Erfüllungspolitik treiben. Herr v. Lindener habe im Hinblick auf die Reparationspolitik erklärt, die Deutschnationalen wolle unser Volk innerlich so stark machen, daß es „das Angemessene leisten“ kann.

Juden und Judenfreunde.

Weiter klagt Reinhold Wulle über die Haltung der Deutschnationalen in der Judenfrage. Die deutschnationale Fraktion habe einmal zwei Stunden darüber beraten, ob der Abg. v. Braun in seiner Rede zum Etat das Wort „Jude“ gebrauchen solle. Angesehene Führer der Deutschnationalen haben starke jüdische Beziehungen. Dr. Heffrich läßt seine Bücher im jüdischen Ullstein-Verlag erscheinen. Er bedient sich jüdischer Rechtsanwältinnen. Er wird vom jüdischen Hansabund als

intimer Freund bezeichnet. Unendlich viele Deutschnationalen stehen auf dem Standpunkt des Herrn v. Reichmann-Zehendorf, daß wir gegen die Juden nichts unternehmen dürften, weil diese in England das Heft in der Hand hätten und wir ohne Englands Hilfe nicht gerettet werden könnten“. Hergt hat in Gegenwart der Herren v. Graefe, Henning, Wieggershaus, Wulle und Frau Wolf-Zieh erklärt, er wolle durchaus „die anständigen Juden“ in der Partei haben. Sämtliche völkischen Anträge auf grundsätzlichen Ausschluß der Juden aus der Partei werden regelmäßig, und zwar unter der ultimativen Drohung der Herren Schulz-Bromberg, Behrens, Heffrich, Hugenberg, Hergt u. a., aus der Partei auszutreten, abgelehnt.

Kein Unterschied zwischen Hergt und Strefemann.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erinnert Reinhold Wulle an das Wort Hergts: „Wir leben ja nur von den Fehlern unserer Gegner“. Das sei das Eingeständnis des vollständigen Versagens der deutschnationalen Zeitung. Die Deutschnationale Volkspartei sei heute nichts anderes als der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei. Die Politik der Herren Hergt und Strefemann unterscheide sich heute nicht mehr in der Sache, sondern nur noch in der Person, seitdem die Deutschnationalen am 25. November der Note vom 13. November zugestimmt haben, in der Deutschland den absoluten Erfüllungswillen von neuem anerkannt habe.

Der Hinauswurf.

Nicht ohne intime Reize ist es, was Reinhold Wulle über die Art zu erzählen weiß, in der er und seine Freunde in der Deutschnationalen Partei kaltgestellt wurden. „Wir sind“, so sagt er, „für radikalste Opposition eingetreten, wir haben völkische Folgerichtigkeit verlangt; als Antwort darauf hat man uns drei Abgeordnete im Reichstag mundtot gemacht. Major Henning und ich haben immer wieder gefordert, daß Herr v. Graefe, vielleicht unser glänzendster Parlamentsredner, bei den großen Staatsberatungen sprechen sollte. Alle unsere Anträge sind regelmäßig abgelehnt worden.“ Reinhold Wulle stellt ausdrücklich fest, daß die Forderung nach dem Trennungstrieb nicht von der völkischen Gruppe, sondern von der anderen Seite gestellt wurde. „Ich erinnere nur an die sechs Reichstagsabgeordneten, die unseren Ausschluß bereits Anfang Juli verlangt haben; ich stelle fest, daß Herr v. Braun auf dem Parteivertretertag Anfang Juli ausdrücklich gefordert hat, es müsse der Trennungstrieb zwischen uns und der Fraktion gezogen werden.“ Obwohl sie bis dahin Mitglieder des Parteivorstandes waren, sind Wulle und Graefe zu der Parteivorstandssitzung am 4. Dezember und zum Parteivertretertag nicht eingeladen worden. Als sie daraufhin die Beschlüsse des Parteivertretertages anwesend, antwortete Hergt, der Parteivorstand werde sich mit der Sache befassen. „Demnach“, so schließt Reinhold Wulle, „war der Parteivertretertag ohne uns ein schwerer Bruch der Satzungen, ebenso wie die Zurückweisung des deutschnationalen Abgeordneten Henning vom Völkischen Parteitag.“

Soweit die Ausführungen des Herrn Wulle. Wir haben ihnen nichts hinzuzufügen als ein paar Worte aus dem bereits erwähnten Artikel des Herrn v. Frentag-Loringhoven, in dem es heißt, ein weiterer Zwist unter den Völkischen werde den Beweis dafür erbringen, daß Reich und Dummheit bei ihnen übermächtig sind. Wird nun Herr von Frentag den Beweis als erbracht ansehen?

Sozialdemokratischer Sieg in Breslau.

Breslau, 4. Januar. (WZ.) In der heiligen Stadtverordnetenversammlung wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete Rechtsanwalt Bandmann mit 52 gegen 46 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, zum Vorsteher, der ebenfalls der sozialdemokratischen Fraktion angehörende Stadtverordnete Grohmann mit 51 gegen 45 Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen, zum Stellvertreternden Vorsteher gewählt. Der bisherige stellvertretende Vorsteher war Geh. Justizrat Dr. Heilberg (Dem.), bisheriger stellvertretender Vorsteher der jetzige Vorsteher Bandmann. Gestützt auf ihre Majorität, hatten diesmal die Sozialdemokraten auch den Vorsteh beantragt. Für Heilberg traten neben den Demokraten auch die Deutschnationalen und das Zentrum geschlossen ein. Bei der Wahl des stellvertretenden Vorstehers gaben diese Fraktionen einmütig Rechtsanwalt Dr. Herschel (Z.) ihre Stimme.

Die Ostseewanderung.

Denkchrift Seberings an den Reichsaussenminister.

Der Amtliche Preussische Pressedienst verbreitet einen Auszug aus einer Denkchrift des preussischen Innenministers an den Reichsaussenminister über die Frage der Ostseewanderung mit konkreten Vorschlägen gegen die aus dieser Zuwanderung drohenden Gefahren:

Wenn auch, so fährt die Denkchrift aus, in letzter Zeit die Zuwanderung nachgelassen

habe, so sei doch zweifellos eine große Zahl von Flüchtlingen aus dem Osten zum Teil aus Gründen bei uns geblieben, die ihnen eine Rückkehr in ihre Heimat oder eine Weiterwanderung tatsächlich unmöglich machen. Alle polizeilichen Maßnahmen hätten sich gegenüber den Gefahren, die uns aus dem Zustrom von Leuten fremden Stammes drohen, als unzureichend erwiesen. Da es sich — weltgeschichtlich betrachtet — um eine Wanderbewegung vom Osten her handle, bei der Deutschland die Brücke von Ost nach West bilde, komme es darauf an, Deutschland in seiner Schwäche und Armut davor zu bewahren, ein Kessel zu werden, aus dem die Einwanderer sich weder vorwärts noch rückwärts bewegen können.

Dieses Problem, von dem

die Ostjudenfrage nur ein Ausschnitt

ist, sei nur international zu meistern. Damit Deutschland seine Verpflichtungen den ehemaligen Feinden gegenüber möglichst weitgehend erfüllen könne, müßten ihm auf internationalem Wege die Kosten erleichtert werden, die es lediglich durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder und Völker sowie durch seine eigene geographische Lage, also ohne Verschulden und ohne die Möglichkeit eigener Abwehr überkommen habe. Insbesondere müsse sich der Völkerverbund mit der Ostjudenfrage befassen, die ja ohnehin ein internationales Angelegenheit (Lebtrtragung des Mandats über Palästina an England, Balfour-Deklaration). Weiter müsse durch Fühlungnahme mit Einwanderungsgebieten, in denen noch Bedarf an Arbeitskräften bestehe, die Auswanderung der nach Deutschland gelangten Ausländer möglichst gefördert, vielleicht auch ihre Ansiedlung in fremden Ländern erwogen werden; Herabsetzung der Fahrpreise nach Liefersee sei ins Auge zu fassen. Der Reparationskommission sei nahezu legen, auf Mittel zu sinnen, daß wir durch diesen Zustrom ungebeter Gäste nicht

an der Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen gehindert werden. Dazu trage

die große Zahl der Russen

bei, die durch Verordnungen der Sowjetrepubliken ihr Heimatsrecht und damit die rechtliche Möglichkeit der Rückkehr verloren hätten, aber nicht in die Heimat abgehoben werden könnten, ebensowenig wie die zahlreichen im Inlande befindlichen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen, die hier gebuddelt werden müßten, weil kein fremder Staat sie zu übernehmen bereit oder verpflichtet sei; oder wie die polnischen Deserteure und Refraktäre, deren Abschiebung, solange nicht Polen eine umfassende Amnestie für militärische Delikte erlasse, einer unzulässigen Auslieferung gleichkommen würde. Durch die Unwägungen im Osten und die Friedensschlüsse seien außerordentlich zahlreiche Ausländer staatenlos geworden und könnten deshalb, selbst im Falle ihrer Rückkehr, aus dem Inland mit Zwang nicht entfernt werden; die Regelung der Schicksale solcher Staatenlosen könne ebenfalls nur international erfolgen. Deshalb seien auch bald

Uebereinkommen mit unseren östlichen Nachbarn

abzuschließen.

Der preussische Innenminister gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich sich diesen Darlegungen nicht verschließen werde.

Weitere Erhöhung der Postgebühren.

Der Reichspostminister Stiglitz hat im Reichspostministerium einen besonderen Kommissar bestellt, um die bereits von der Regierung Wirth vorgesehenen Maßnahmen zur Sanierung und Wirtschaftlichmachung der Reichspost durchzuführen. Bei der Tarifpolitik soll künftig das Prinzip der Selbstkosten als Richtlinie durchgeführt werden. Das bedeutet eine weitere starke Erhöhung der Postgebühren, die zurzeit beim Brief das 20fache der Vorkriegszeit ausmachen und damit allerdings hinter der Geldentwertung zurückgeblieben sind. Tatsächlich erbringen die neuen Gebühren, die im Januar zur Durchführung kommen, nur ein Mehr von 100 Millionen, während die Befoldungsverhöhung im Monat Dezember für die Reichspostverwaltung eine Mehrausgabe von 235 Millionen verursacht hat.

Auch Lausanne vor dem Abbruch?

Lausanne, 4. Januar. (WZ.) Eine halbamtliche Erklärung spricht davon, daß die Arbeiten auf dem letzten Punkt geblieben sind. Nur Sitzungen der Kommissionen von untergeordneter Bedeutung verhindern die Feststellung, daß die Konferenz tatsächlich ihre praktischen Arbeiten eingestellt hat. Die englischen und türkischen Militärattachés stellen fest, daß die Meinungsverschiedenheiten grundlegender Art seien. Die Tärken wünschen eine endgültige Bestimmung über das Schicksal von Kossul, während die Engländer nur eine Grenzberichtigung im Norden zugestehen wollen.

Lenins Befinden. Die Berliner Vertretung Sowjetrußlands erklärt die Meldungen, daß Professor Klemperer wegen erster Erkrankung Lenins nach Moskau berufen wurde, für falsch; Professor Fürstler, der Lenin in der letzten Zeit behandelt hat, ist kürzlich nach Deutschland zurückgekehrt, da der augenblickliche Gesundheitszustand Lenins die Anwesenheit des Arztes nicht mehr erfordert.

Gewerkschaftsbewegung

Berliner Preise und Löhne.

Aus dem Archiv der Gewerkschaftskommission und des Ortsrates des AFA-Bundes wird uns geschrieben:

Wie wir hören, sind in den letzten Tagen mehrfach Lohnerhöhungen von den Arbeitgebern mit der Begründung abgelehnt worden, daß ein Stillstand der Teuerung oder gar ein Rückgang der Lebenshaltungskosten eingetreten sei. Demgegenüber muß mit aller Schärfe betont werden, daß von einem Stillstand der Teuerung einzuweisen leider noch nicht gesprochen werden kann. Die beiden letzten Dezemberwochen wiesen noch Steigerungen der Ernährungs-kosten von 1,4 Proz. und 8 Proz. (jeweils gegenüber der Vorwoche) auf. Am 27. Dezember kostete die Ernährungsration des statistischen Amtes der Stadt Berlin rund 8000 M. Die Lebenshaltungskosten betragen ca. 25 100 M. Auch die erste Woche des neuen Jahres bringt Preiserhöhungen auf verschiedenen Gebieten, so daß mit einer Steigerung der Lebenshaltungskosten von mindestens 5 Proz. gegenüber der letzten Woche des verfloffenen Jahres zu rechnen ist.

Auf der anderen Seite sind die Löhne in den letzten Monaten weit hinter der Teuerung zurückgeblieben. In der zweiten Hälfte des Dezember überstiegen die Wochenverdienste die Grenze von 20 000 M. nur in einer Branche. Drei Branchen verdienen 19 000—20 000 M., 24 Branchen 16 000—19 000 M., 28 zwischen 13 000 und 16 000 M., 26 unter 13 000 M., darunter die Blumenblüher mit 5500 M. (in Worten fünftausendfünfhundert!) Wochenlohn ab 25. 12. 1922. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich in unserer Aufstellung um Spitzenlöhne handelt, das heißt zum Teil um Löhne älterer, verheirateter, gelernter männlicher Arbeiter. Die Löhne der Ungelernten, der Frauen und der Jugendlichen sind entsprechend niedriger.

Der Lohn der Buchdrucker war in einer früheren Mitteilung irrtümlich zu hoch angegeben. Der Spitzenlohn betrug in der zweiten Dezemberhälfte 14 223 M. Er ist für die erste Januarhälfte auf 18 115 und für die zweite Hälfte des Januar auf 21 115 M. festgesetzt.

Streik in der chemischen Industrie Groß-Berlins?

Uns wird berichtet:

Infolge der fortgeschrittenen Teuerung der zurückgebliebenen Löhne in der chemischen Industrie hatte der Verband der Fabrikarbeiter im Auftrage des Chemikarierbundes dem Arbeitgeberverband für die chemische Industrie für Berlin und Brandenburg Forderungen auf Lohnerhöhung für die erste Januarhälfte eingereicht. Bei den Verhandlungen am Mittwoch lehnten die Unternehmer unter Hinweis auf die Pariser Verhandlungen und mit der Äußerung, daß Lohnzulagen die Stellung der deutschen Arbeiter bei den Verhandlungen erschweren würden, jede Lohn-erhöhung ab. Lediglich für die Fachgruppe I und II in Berlin wollten sie einem „kleinen Lohnausgleich“ zustimmen. Den Einwand der Arbeitnehmervertreter, daß selbst beim günstigsten Ausgang der Pariser Verhandlungen die Löhne der chemischen Arbeiter durchaus ungenügend und hinter den übrigen Berliner Löhnen zurückgeblieben seien, konnten die Unternehmer nicht widerlegen. Sondern verließen, mit allerlei Redensarten darüber hinwegzudeckeln.

Die Verhandlungen mußten nach der Stellungnahme der Unternehmer als gescheitert angesehen werden, darum verlangten die Arbeitnehmer die sofortige Einberufung der tariflich vorgesehenen Schlichtungsinanz. Die Unternehmer wollten die weiteren Verhandlungen bis zum 10. Januar verschieben. Nachdem jedoch die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, dann jede Verantwortung für das, was sich in den nächsten Tagen in den Betrieben ereignen werde, abzulehnen, einigten sich die Parteien dahin, daß der Bezirkslichtungsausschuß am Sonnabend zusammentritt.

Da bei der Haltung der Arbeitgeber nicht damit gerechnet werden kann, daß vor dem Bezirkslichtungsausschuß ein Spruch zustande kommt, wird die endgültige Entscheidung beim tariflichen Zentrallichtungsausschuß liegen. Von dieser Instanz können nun aus den letzten Tagen Entscheidungen vor, die darauf schließen lassen, daß auch für das Berlin-Brandenburger Gebiet mit einem Schlichtspruch nicht zu rechnen ist. Das würde bei der Stimmung und der Not der Arbeitnehmer den Ausbruch des offenen Konflikts bedeuten. Jedenfalls wird in den Kreisen der Arbeitnehmer mit Bestimmtheit mit einem Streik in der chemischen Industrie, der unser Wirtschaftsleben empfindlich treffen würde, gerechnet.

Am Montag werden die Funktionäre der beteiligten Organisationen zu der durch die Schuld der Unternehmer verschärften Situation Stellung nehmen.

Vergleich in der Berliner Holzindustrie.

Am Mittwoch fanden erneute Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar statt zwecks Verbindlichkeitsklärung des Schlichtspruchs. Da die Arbeitgeber auch an dieser Stelle grundsätzlich gegen die Annahme des Schlichtspruchs pläbierten, wurde von dem Vertreter des Demobilisationskommissars den Parteien ein Vergleichsvorschlag unterbreitet, mit der Maßgabe, sich für die Annahme einzusetzen. Die Arbeitgeber brachten zum Ausdruck, daß

wenn die Holzarbeiter diesem erneuten Vorschlag zustimmen, sie auch in ihrem Kreise dafür eintreten würden.

Am Mittwochabend haben die Funktionäre des Holzarbeiter-Verbandes in den Bezirksrat erneut Stellung genommen und sich durch Abstimmung mit Mehrheit für den Vergleichsvorschlag entschieden. Da auch von Arbeitgeberseite die Annahme erfolgen wird, ist nach langen Verhandlungen eine Verständigung für Januar erzielt.

Der deutsche Verkehrsband.

Der Deutsche Transportarbeiterverband befand sich im September 1920 die Absicht, alle Arbeiter, Angestellte und Beamte des Verkehrs- und Transportwesens in einer Organisation, in einem Deutschen Verkehrsband zusammenzufassen. Es ist nicht, aber doch, noch nicht gelungen, eine solche Organisation zu schaffen, bzw. den Transportarbeiterverband dazu auszubauen. Nunmehr hat der Transportarbeiterverband dennoch seinen Namen umgewandelt in „Deutscher Verkehrsband“. Sein neuer Titel soll ein Programm, eine Mahnung — nicht eine Drohung sein. Sein Organisationsgebiet ist das bisherige. Seine Satzung lautet:

„Der Deutsche Verkehrsband ist die gewerkschaftliche Organisation für das in den Transport- und Verkehrsbetrieben bzw. Verwaltungen des Reiches, der Länder, Provinzen, Gemeindeverbände und Gemeinden sowie in den privaten Handels-, Transport- und Verkehrsbetrieben einschließlich der Handels-, Transportabteilungen industrieller Unternehmungen beschäftigte Personal, soweit nicht nach den Satzungen und Beschlüssen des ADGB, oder besonderen Abmachungen andere Organisationen zuständig sind.“

Die Darlegungen des „Courier“, der nebenbei bemerkt seinen Umfang auf zwei Seiten wöchentlich beschränkt hat, schließen mit dem Wunsche: Es lebe die Einheitsorganisation im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe.

Eine chemische Lohnverwandlung.

Die Chemische Fabrik von Mahlo und Dr. Supf in Berlin hat ihre Fabrikationsräume in Neubrandenburg. Die Firma war der chemischen Berufsgenossenschaft IIIb in Hamburg beigetreten, hat jedoch nach einiger Zeit alles auf, um unter Verleugnung ihres Charakters als chemischer Betrieb von der chemischen Berufsgenossenschaft wieder loszukommen. Der Revisor dieser Berufsgenossenschaft revidierte daraufhin den Betrieb und stellte fest, daß derselbe nach wie vor zur chemischen Industrie gehöre. „Wenn die Firma trotzdem das Bestreben zeigt, von der chemischen Berufsgenossenschaft freizukommen“ — berichtete der Revisor an die chemische Hauptberufsgenossenschaft in Berlin — „so ist der Grund in den angeblich hohen Löhnen, die die Firma nach dem Bezirkslohnmarif der chemischen Industrie IIIb zahlen muß, zu suchen.“

Ohne daß — wie uns berichtet wird — ein Beauftragter des Oberversicherungsamts den Betrieb besichtigte und ohne daß die Arbeiterschaft befragt worden wäre, wurde dem Antrag der Firma stattgegeben. Sie wollte nunmehr nur noch die örtlichen Löhne zahlen. Die Arbeiterschaft erreichte jedoch nach einem Streik von 6 Wochen, daß die Löhne nach dem Bezirkslohnvertrag Chemie III weitergepagelt wurden. Die Beschwerde der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamts in Neustrelitz wurde vom Reichsversicherungsamt, Abteilung für Unfallversicherung, zurückgewiesen. Nach dieser endgültigen Entscheidung, durch die die Wasserleim, Nit, Dextrin usw. herstellende Fabrik zur Berufsgenossenschaft der Molkerei, Brenneret, und Stärke-Industrie kam, verkündete die Firma ihren Arbeitern, daß sie nunmehr dem Arbeitgeberverband Neubrandenburg angehört und sich fernerhin nach dessen Lohnsätzen richtet.

Wahrscheinlich wozen auch diesem Arbeitgeberverband die Löhne in der chemischen Industrie als zu hoch erschienen und geeignet, die „Begehrtheit“ der übrigen Arbeiterschaft in Neubrandenburg zu wecken, so daß seine stille Mitwirkung bei dieser chemischen Lohnverhandlung anzunehmen ist.

Die Arbeiterschaft ist gleich der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie der Auffassung, daß die Entscheidung der Unfallversicherungsabteilung des Reichsversicherungsamts ein Fehl-spruch ist.

Ein reaktionäres Mandat.

Die Landwirte der Provinz Sachsen hatten sich an den Oberpräsidenten Hörsting gewandt mit der Anregung, da es an Arbeitern zur Einbringung der Hoffruchtternte fehle, dafür Bergleute zu gewinnen, über ihre im Bergbaubetriebe geleistete Arbeit hinaus, gegen Verlohn oder Kartoffelabgabe. Der Oberpräsident gab diese Anregung an den Arbeitgeberverband der Kaliindustrie weiter. „Aus den Kreisen der Kaliindustrie“ wurde daraufhin eine Notiz in die „Deutsche Bergwerkszeitung“ lanciert, wonach der Oberpräsident in einem Schreiben an den industriellen Spitzenverband angeordnet habe, die Bergarbeiter nach ihrer Arbeitszeit noch in der Hoffruchtternte zu beschäftigen oder aus dem Bergbaubetriebe heraus einige Arbeiterkolonnen zu dieser Hofstandsarbeit zu stellen. „Es ist natürlich unmöglich — schrieb das Unternehmerrblatt —, daß der Bergbau dieser Anregung des Oberpräsidenten folgen kann. . . . Wenn der Oberpräsident jedoch der Ansicht ist, daß eine Unterstützung der Landwirtschaft durch den Bergbau notwendig ist, um die Ernte rechtzeitig einzubringen, so ist zur Erwägung anheimzuführen, ob es

nicht das einfachste Mittel wäre, Bergarbeiter frei zu bekommen, wenn der Oberpräsident sich nachhaltig für die Beseitigung des schematischen Achtstundentages bei den Liebertagsarbeitern einsetze. Auf diese Weise könnte die jetzige Produktion des Bergbaues mit weit weniger Arbeitern geleistet werden und es würden die gewünschten Arbeiterkolonnen für die Landwirtschaft von der Industrie zeitweilig zur Verfügung gestellt werden. Es ist immerhin interessant, zu hören, daß der Oberpräsident sich nicht mehr der von vielen Seiten immer eindringlicher werdenden Forderung nach der Beseitigung des Achtstundentages verschließen kann und daß er vor allen Dingen der Ansicht ist, daß auch ein Bergarbeiter mehr als seine Schicht verfahren kann, dadurch, daß er nämlich über seine Schicht hinaus noch in der Landwirtschaft tätig ist.“

Die Unterstellung aus Kreisen der Kaliindustrie, daß der Oberpräsident die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau oder die Abschaffung des Achtstundentages betreibe, hat inzwischen in der kommunistischen und der christlichen Presse ihre Wirkung getan. Unser Erfurter Parteiorgan, die „Tribüne“, ging der Geschichte auf den Grund, wobei sich herausstellte, daß der Oberpräsident Hörsting lediglich das Gesuch der Landwirte an die Kaliindustriellen weitergegeben hat. Dafür sollte er in den Augen der Arbeiterschaft verdächtigt werden. Die Verdächtigung wäre auf andere Weise erst recht erfolgt, wenn der Oberpräsident die Eingabe der Landwirte zurückgewiesen oder sie unerledigt gelassen hätte. Denn der Oberpräsident Hörsting ist Sozialdemokrat.

Das Koalitionsrecht in Ungarn.

Wie es um das Koalitionsrecht in Ungarn bestellt ist, ist aus einem an den „Landesverband der Feldarbeiter Ungarns“ gerichteten Brief ersichtlich. Es heißt dort:

„Zur Verbesserung der Lage der Landarbeiter könnten wir bis heute sehr wenig tun. Da wir kein Koalitionsrecht haben, können wir weder kollektive Lohnverträge abschließen, noch weniger können wir als Vertreter unserer Mitglieder Lohnverhandlungen betreiben. Um die ungarischen Zustände zu schildern, wird es, glaube ich, genügen, wenn ich berichte, daß die Gründung von Ortsgruppen mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Es wurden uns sogar seitens der Behörde die im Laufe vorigen Jahres errichteten Ortsgruppen suspendiert, bezw. ist die Gründung der Ortsgruppen in 22 Ortschaften nicht zur Kenntnis genommen worden.“

Achtung, Chirurgiemechanik! Mit Wirkung vom 2. bis zum 6. Januar 1923 werden sämtliche Löhne und Akkordlöhne für Männer, Frauen und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen um 10 Proz. erhöht. Die nächste Verhandlung ist am Montag. Die Ortsverwaltung.

Die Betriebsrätezentrale für den Bezirk Essen löst sich, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erzählt, am 1. März d. J. wegen finanzieller Schwierigkeiten auf.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer.

Wie die Funktionäre unseres Verbandes! Durch die Aufstellung des Besammlungskommitees für 1923 ist bereits bekannt, daß die erste Funktionärensammlung heute Freitag 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 2/3, Saal 1, stattfindet. Tagesordnung: 1. Der weitere Ausbau unseres Verbandes. 2. Innere Verbandangelegenheiten. Es ist unbedingt Pflicht, daß jeder Kollege zu dieser Funktionärensammlung erscheint. Auch sämtliche Bezirksleiter, Haus- und Betriebsleiter müssen an dieser Funktionärensammlung teilnehmen. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten.

Schloßen: Herren- und Knabenkonfektion, Damen- und Mädchen-Konfektion, Hüte- und Kleider- und Herrenschneiderei. Heute 5 1/2 Uhr in der Feuerstr. 10, Saal 10/11, Versammlung. Ergebnis der Lohnverhandlungen, Referenten Galla und Tschall.

Achtung, Fabrikarbeiter! Dienstag, den 9. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 22, Versammlung aller FFB-Gesellen des Fabrikarbeiterverbandes. 1. Vortrag des Gen. Bes.-Vorstandes über: „Die Forderungen in Ludwigshafen“. 2. Verkündungen. Das Erscheinen sämtlicher Parteigenossen und -genossinnen wird ermahnt. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Das Betriebssekretariat.

Achtung, Blumen- und Federarbeiterinnen! Sonnabend nachmittags 2 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses allgemeine Versammlung. Bericht von den Lohnverhandlungen und Beschlußfassung. Die Ortsverwaltung, der Fabrikarbeiter, die Chemische Arbeiter und Arbeiterinnen! Montag 4 Uhr in den Berliner Vereinen- und Konzerthallen, Kommodenstr. 55—59, Fluor Saal, Funktionärenkonferenz der chemischen Industrie. Mitteilungs- und Funktionärensammlung legitimiert. Die Ortsverwaltung der Fabrikarbeiter.

Rezeptionsstellen für den Bezirk: Berlin: für Angestellte: Th. Glöck, Berlin. Bezirk Nordkreis: Berlin: m. h. d. Berlin. Druck: Normkreis-Dachdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Duxia 1 Erlaust.

M. SCHULMEISTER
10 billige Tage in Kottbuser Tor
Herren-, Knaben- u. Jünglings-Kleidung
vom 6.—17. Januar.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vorher
Franz Gnädig
am 2. Januar gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Montag, den 8. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Wilmersdorfer Weg, 110/111, statt.
Unser Kollege, der Benamtschreiber
Ludwig Hildebrandt
ist am 3. Januar gestorben.
Die Einäscherung findet am Montag, den 8. Januar, nachm. 1 1/2 Uhr, im Krematorium Berlin-Wilmersdorf, statt.
Unser Kollege, der Schlichter
Otto Schulz
am 30. Dezember gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Montag, den 8. Januar, abends 8 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerickestraße, statt.
Eure ihrem Widerten!
Neue Bestellung erachtet
137/19 Die Ortsverwaltung.

Allen voran
beim Einkauf von
Brillanten, Platin
Gold- u. Silber-Bruch
Uhren, Zahngebissen,
Ketten, Münzen, Bestecken
die renommierte Firma
Juwelier H. Wiese
Artilieriestraße 30
3 Min. vom Bf. Friedrichstraße
u. Passauer Str. 12
(Ecke Augsburgstr. Zoo)
1 Minuten v. Wittenbergpl. Zoo
Tel. Norden 193 u. 3 1/2

Regelmässige Verbindung
von Bremen über Southampton,
Cherbourg nach New York durch
die prachtvollen amerikanischen
Regierungsdampfer der United
States Lines
NÄCHSTE ABFAHRTEN:
President Roosevelt 17. Jan. 25. Febr.
America 1. Febr. 11. April
President Harding 14. Febr. 21. März
George Washington 21. Febr. 28. März
Southampton u. Cherbourg 1 Tag später
Verlangen Sie Prospekte
und Segellisten Nr. 83
UNITED STATES LINES
Berlin W 8, Unter den Linden 1
NW 40, Invalidenstr. 93
General-Vertretung
Norddeutscher Lloyd, Bremen

Reichsverband der Arbeitsgenossenschaften
E. V.
Kein Inventur- oder Saison-Verkauf!
Wir sind nicht in der Lage, auf unsere Preise eine Ermäßigung von 20 bis 30 Prozent zu gewähren, da unsere Kalkulation derart bemessen ist, daß ein Nachlaß nicht möglich ist!!
Als äußerst preiswert stellen wir zum Verkauf:
Einen großen Posten **Strümpfe** Paar **450 M.**
Einen großen Posten **Hemden** wollgemischt, prima Qualität **3800 M.**
Einen großen Posten **Flanellhemden** **2600 u. 3600 M.**
Einen großen Posten **Hosen** in den verschiedensten Qualitäten und Preisen.
Einen großen Posten **Raglan** hochmodern, in schwerer und leichter Qualität.
Einen großen Posten **Herrenanzüge** aus Kammmarn, tadellos in Qualität **25000 M.**
Einen großen Posten **Hausschuhe** für Frauen und Kinder, mit Ledersohle, unerreicht billig in den verschiedensten Qualitäten und Preisen.
Verkaufsstellen:
Cöpenicker Str. 145, 3. Hof, 3 Treppen (nahe Schles. Bahnhof)
Litauer Straße 15, Ecke Romintener Straße
Schönhauser Allee 47, am Hochbahnhof Danziger Straße
Chausseestraße 76 (nahe Weddingplatz)
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 239-231
Neukölln, Kottbuser Damm 69

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist in den meisten Tabakgeschäften erhältlich.
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Straße 22. — Kst. 361.

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts

Neue Haut
erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung, durch die echte Vator Philipp Schäfer u. Tutogen-Hautbleichselbe, à 12 M., vom Tutogen-Laboratorium, Uresden-Zschornitz 146, schäft Pickel, Mitesser, Sommerprossen, Hautunreinigkeiten usw., ab. 138t anmutige, junge Haut zum Vorschein kommen. — Erhältlich in Berlin, Elefanten-Apotheke, Leipziger Straße.

Der teure Schulgang.

Fast 6000 Mark kostet im Augenblick die erste Schulausrüstung.

Welche Summen heute ein Schulkind der ohnehin schon knappen Haushaltskasse der Mutter durch das Kaufen der notwendigen Lehrmittel entzieht, davon machen sich die wenigsten eine Vorstellung.

Die hier angegebenen Zahlen sind Augenblickspreise, was immer wieder betont werden muß. Ueber die voraussichtlichen Preissteigerungen in der nächsten Zeit kann niemand etwas voraussagen.

Der Aufwand für den ABC-Schützen.

Vor allen Dingen braucht der neugeborene ABC-Schütze eine Schulmappe. Die unter 6000 Mark kaum mehr zu haben ist, und will die Hausvaterkassette eine größere Ausgabe gestatten, so kann man ganz bequem verschiedene Tausender zulegen, um eine bessere Qualität zu erhalten.

Table listing school supplies and their prices: 1 Schulmappe . . . 5000 M., 1 Federkasten . . . 20, 1 Fädel . . . 450, etc.

Also fast 6000 Mark erfordert schon der erste Schulgang. Es sei hierbei gleich betont, daß die angegebenen Zahlen die denkbar niedrigsten sind.

In den späteren Jahren

findet die Anschaffungsausgaben natürlich höher. Ein Lesebuch, das die erste Stufe braucht, ist mit 750 Mark, für die zweite Stufe mit 1000 Mark und für die dritte Stufe mit 1500 Mark zu bezahlen.

Schuldfrage im Alltag.

Ein junger Mensch hatte, um sich Geld zu verschaffen, Waren, die er als Angestellter von seinem Geschäft kost profitlos erhielt, teurer, aber für den Käufer immer noch billiger als sonstwo weiterverkauft.

Soziale Sturmzeichen.

Das städtische Obdach war im Monat Dezember 1922 mit 103 738 männlichen, 8115 weiblichen Personen, zusammen mit 111 853 belegt gegenüber 71 278 im Dezember 1921.

Eine Bekanntmachung über die neuen Gaspreise erläßt die Direktion der städtischen Gaswerke im Anzeigenteil der heutigen Nummer.

Abbröckeln des Händlerstreiks.

Der Ausgang der Verhandlungen im Polizeipräsidium.

Unter der Leitung des Oberregierungsrats Dr. Weiß vom Polizeipräsidium fanden, wie uns mitgeteilt wird, gestern, Donnerstag, nachmittag im Polizeipräsidium unter Anwesenheit des Vertreters des Wucheramts und verschiedener Referenten des Polizeipräsidiums, ferner des Vertreters der Reichsbahndirektion Berlin, des Magistrats, Stadtrats Bujak und Direktors Morawski und der Markthallen-Groß- und Kleinhändler die in Aussicht gestellten Einigungsverhandlungen statt.

- 1. Der Vertreter der Reichsbahndirektion stellte den Erlaß von Ausnahmetarifen für die Beförderung von Kohl (Weiß, Weising, Kottkohl) bestimmt in Aussicht und versprach, bei weiteren Tarifbeschlüssen die Ansicht der Berliner Sachverständigen zu hören.

Die Vertreter der Stadtgemeinde und der Standinhaber versprachen, sich für die Annahme dieser Vorschläge einzusetzen, damit die sofortige Belieferung wieder aufgenommen werden kann.

Große Mengen Magistatsgemüse sind im Anroffen!

Das Bild im Markthallenstreik hat sich wenig verändert. Die Händlerschaft ist nach wie vor bemüht, schwarze Nachrichten auszustreuen. So erzählte man gestern, daß der Polizeipräsident seine Verfügung wieder aufgehoben habe.

Aus der gestrigen Versammlung streikender Groß- und Kleinhändler der Markthalle haben wir über das Referat bereits in der Abendausgabe berichtet. Aus der Aussprache ist noch nachzutragen, daß die Vertreter der „Mittelständler“ den Streikenden ihre vollste Sympathie erklärten, ebenso ein Vertreter des Schäfersternwerbes.

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist außerordentlich umfangreich, daß am 11. Januar mit deren Erledigung nicht gerechnet werden kann.

Drei Soldaten.

8) Von John dos Passos. Sie verlassen das Kino in einem Strom von Menschen. „Ich war nahe daran, loszuheulen, bei dem Bild von dem Soldaten, der Abschied von seinem Mädchen nahm, um in den Krieg zu ziehen,“ sagte Fuselli.

wetter, die hatte was weg. Ich habe das alles aufgegeben, seitdem ich verlobt bin, obgleich . . . Aber ich erzählte dir gerade . . . Na, zum Schluß kam mit Mabe doch alles noch wieder in Ordnung und ich küßte sie, un' Mabe sagte, sie werde niemand heiraten außer mir.

vor dem Bild kalter Offiziersaugen. Er fühlte sich wohl und glücklich, wie er sich zu Hause gefühlt hatte, als er noch ein ganz kleiner Junge gewesen war. Für einen Augenblick dachte er an den anderen Mann, der den Offizier ins Gesicht gebogt hatte, vielleicht nur neunzehn Jahre alt, wie er, der vielleicht auch einen Schatz wie Mabe hatte.

Fortschritt in Sachsen.

Entwurf eines sächsischen Arbeitskammergesetzes.

Das sächsische Arbeitsministerium hat den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes herausgebracht. Die Begründung seines Vorgehens enthält ungewollt eine scharfe Beurteilung der Verflechtung der Aufgaben, die dem Reich nach Art. 165 der Reichsverfassung obliegen.

„Es ist zuzugeben,“ heißt es in der Begründung des Entwurfs, „daß die für Sachsen gesonderte landesgesetzliche Regelung der Arbeitnehmervertretung nicht notwendig wäre, wenn das Reich den Aufbau und den Aufgaben der Räteorganisation nicht nur die verfassungsmäßigen, sondern auch die erschöpfenden gesetzlichen Grundlagen zur praktischen Wirksamkeit gegeben hätte.“ Allein die Reichsregierung hat sich bisher damit begnügt, nur den Grund des Rätebaues, die Betriebsvertretung zu schaffen, worauf sie ein sehr lustiges Dach, den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, gesetzt hat. Die Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte bildet bereits über zweieinhalb Jahre lang den Gegenstand eingehender Beratungen der Reichsregierung und des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Wann sie endlich erfolgen wird, ist noch nicht abzusehen. Da sich aber für Sachsen die Errichtung gesetzlich geordneter Arbeitnehmervertretungen nicht mehr aufhalten läßt, hat die sächsische Regierung auf die reichsgesetzliche Fertigstellung des Rätebaues nicht länger warten wollen. Wohl sind in Sachsen durch die gesetzliche Regelung des Aufbaues und der Aufgaben der Handels- und Gewerbekammern und des Landeskulturrates schon seit langem amtlich anerkannte Berufsvertretungen geschaffen. Ihre Entwicklung als natürliche Folge ihrer einseitigen Zusammensetzung ging aber mehr und mehr dahin, daß sie Wirtschaft und Unternehmerinteresse identifizieren, sich als nahezu reine Arbeitgebervertretungen gestalteten, in denen die Interessen der Arbeitnehmererschaft einen nur sehr bescheidenen Raum finden konnten. Damit fehlten den Behörden auf neutraler Grundlage aufgebaute Organe, die sie in reinen Arbeitnehmerfragen objektiv beraten konnten. Dieser Mangel sei in den letzten Jahren um so fühlbarer geworden, je nachhaltiger die Interessen der Sozialpolitik neben die der Wirtschaftspolitik traten und je mehr es galt, die Arbeitnehmererschaft sozialpolitisch zu schützen und wirtschaftspolitisch als mitbestimmenden Körper in den Produktionsprozess einzustellen. Darüber hinaus sei auch das Bedürfnis immer stärker geworden, Angelegenheiten der Arbeitnehmererschaft, soweit sie von denen anderer Volksteile nicht losgelöst werden können, durch Gemeindefachstellen beraten und beschließen zu lassen und so die Behörden in die Lage zu setzen, sich bei Beurteilung und Förderung derartiger Angelegenheiten auf wirklich brauchbare Unterlagen zu stützen. Dem Verlangen nach Schaffung einer amtlich anerkannten Berufsvertretung für die Arbeitnehmererschaft und eines Gremiums von Vertretern von Arbeitnehmern und aus sonst beteiligten Volksteilen, will der vorliegende Entwurf Rechnung tragen.

Der Aufbau der Arbeitskammern ist in folgender Weise vorgesehen: Es wird eine Landesarbeitskammer mit dem Sitz in Dresden errichtet. In den fünf Bezirken der Gewerbekammern werden Bezirksarbeitskammern gebildet. Die Landesarbeitskammer setzt sich aus vier Fachabteilungen zusammen, wozu Handel, Industrie und Bergbau 45 Mitglieder, Handwerk und Kleingewerbe 15 Mitglieder stellen, Land- und Forstwirtschaft samt Gartenbau 30 Mitglieder und die übrigen Gewerbe- und Berufsweige 10 Mitglieder. Die Bezirksarbeitskammern bestehen aus je 60 Mitgliedern, wovon sie je 20 zur Landesarbeitskammer stellen. Die Kammer sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Das Arbeitsministerium hat das Aufsichtsrecht über die Landesarbeitskammer und das Oberaufsichtsrecht über die Bezirksarbeitskammern, die dem Aufsichtsrecht der zuständigen Kreisshauptmannschaft unterstehen. Die Bezirksarbeitskammern sind für alle Angelegenheiten zuständig, die die Arbeitnehmer ihres Bezirks betreffen; für Angelegenheiten mehrerer Bezirke die Landesarbeitskammer; für fachliche Angelegenheiten, die über den Rahmen eines Bezirks hinausgehen, die Fachabteilungen der Landesammer. Aufgabe der Kammer und Fachabteilungen ist die Unterstützung der Regierung, einer Behörde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, in den die Gesamtheit der Arbeitnehmererschaft betreffenden Fragen grundsätzlicher Art den gemeinsamen und den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer zu dienen. Ihre Wirksamkeit ist hauptsächlich gutachtlichen Charakters, doch können sie außerdem der Regierung Wünsche, Beschwerden, Anregungen und Anträge unterbreiten. Die Kammer und die Fachabteilungen können ferner mit den öffentlichen landesrechtlichen gesetzlich geordneten berufsständigen Vertretungskörpern als Gemeinschaftsorgane zu gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung zusammentreten, soweit es sich um allgemeine Angelegenheiten der Arbeitnehmer handelt. Die Mitglieder der Bezirksarbeitskammern werden von den in Bezirken tätigen Arbeitnehmern aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl auf drei Jahre gewählt. Das Amt eines Mitgliedes der Bezirksarbeitskammer mit Ausnahme desjenigen des Geschäftsführers ist ein unentgeltliches Ehrenamt. Doch können den Mitgliedern die Reisekosten erstattet und ihnen für sonstige Aufwendungen angemessene Vergütungen gewährt werden. Die Mitglieder der Landesammer werden nach Maßgabe des Wahlgesetzes in unmittelbarer und geheimer Wahl auf drei Jahre in der Weise gewählt, daß alle Mitglieder, die Angehörige derselben Fachgruppe sind, in einen Wahlkörper ihrer Fachabteilung bilden. Die Landesammer wählt aus ihrer Mitte ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, die mit sechs weiteren aus der Mitte der Kammer von ihr gewählten Mitgliedern und dem Geschäftsführer den Vorstand bilden. Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Kammer erwachsenden Kosten sind, soweit sie nicht anderweitig Deckung finden, von den durch die Kammer vertretenen Arbeitnehmern zu tragen. Die Beiträge sind von den Arbeitnehmern unmittelbar durch die Gemeindebehörden zu erheben.

Die Schlußbestimmungen des Entwurfs, auf den wir hier nicht ausführlicher eingehen können, sagen nur, wenn eine Kammer ungeachtet wiederholter Aufforderung des Arbeitsministeriums die Erfüllung ihrer Aufgaben vernachlässigt, sich gefehldriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch die das Gemeinwohl geschädigt wird, oder andere als die gesetzlich festgelegten Zwecke verfolgt, kann das Arbeitsministerium sie auflösen und Neuwahlen anordnen. Das Ar-

beitsministerium ist befugt, Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zu erlassen.

Der Entwurf betont ausdrücklich, daß auf Artikel 165 der Reichsverfassung Rücksicht zu nehmen war, die Kompetenz der Landesgesetzgebung nicht überschritten werden durfte. Aufbau und Aufgaben der Arbeitskammern unterscheiden sich daher ganz wesentlich von denen der Bezirksarbeitsräte und können daher nicht als gesetzliche Vertretungen im Sinne des Artikels 165 angesehen werden. Um so mehr ist zu wünschen, daß der Entwurf alsbald Gesetz wird und so dazu beiträgt, die reichsgesetzliche Schaffung der Arbeitnehmervertretungen, insbesondere die Bezirkswirtschaftsräte endlich in Fluß zu bringen.

Wirtschaft

Abfahrtsrückgang in Handel und Industrie.

Die Berichte, die die preussischen Handelskammern für den Monat Dezember erstattet haben, lassen eine weitere Minderung im Auslandsabsatz und ein Stocken des Inlandsabsatzes erkennen. Die Aufträge gingen im Vergleich zum Vormonat zurück. So ist es auch verständlich, daß der Arbeitsmarkt sich inzwischen verschlechtert hat. Überaus bezeichnend ist die Feststellung des im preussischen Handelsministerium zusammengestellten Berichts, daß die Teuerung im Dezember um 102 Proz. gegen den November stieg, während die Löhne nur um 50 bis 75 Proz. sich erhöhten. Durch die Minderung des Reallohnes ist die Arbeiterschaft also außerordentlich schwer betroffen.

Auf vielen Gebieten waren die Preise im Dezember bereits weit über Weltmarktpreise. So kam es, daß die Eisenhändler es vorzogen, ihren Bedarf im Ausland zu decken. Die französische Eisenindustrie betreibt mit Hilfe von Prämien, die ihr der französische Staat aus dem Erlös der Reparationskosten gewährt, eine verstärkte Ausfuhr. Andererseits exportiert aber auch die deutsche Großindustrie wieder lebhafter Holzfabrikate. In der Bergbauindustrie sind die Aufträge zurückgegangen. Die Aluminiumindustrie leidet unter zunehmender Konkurrenz des Auslandes. Auch die elektrotechnische Industrie klagt über den Rückgang an neuen Bestellungen.

Erhebliche Störungen des Absatzes im Inland werden aus der Textilindustrie berichtet. So haben die Leinenwebereien zum Teil schon Betriebsbeschränkungen vorgenommen. Unbefriedigend ist der Absatz der Wäscheindustrie. Die Leinenindustrie mußte zu Preisabschlüssen schreiten, weil sie bereits über die Weltmarktpreise weit hinausgegangen war. Uebrigens machte sich bereits in Thüringen ein plötzliches Ueberangebot an Baumwollgarnen geltend, nachdem die Rohmaterialpreise teilweise eine rückläufige Bewegung angenommen hatten. Starke Absatzschwierigkeiten hatte auch die Seidenindustrie. Die Räger an Seide sind überfüllt. Der Verkauf von Krawatten wird immer schwieriger und der Verbrauch in diesem Artikel geht sehr stark zurück, was im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft, das zur Zeit der Abfassung des Berichts im Gange war, besonders schwer wiegt. Die Schuhindustrie stand unter dem Zeichen einer gänzlichen Absatzstörung, während das Ledergeschäft noch einen ausreichenden Absatz verzeichnete.

Die chemische Industrie ist zunächst noch voll beschäftigt, klagt aber über die Konkurrenz des Auslandes beim Exportgeschäft. Schleppend war der Geschäftsgang in der Glasindustrie, wo das Inlandsgeschäft nachläßt. Die ungeheure Ueberproduktion der Holzpreise, die sich bereits auf einen Dollarrückstand von 16 000 eingestellt hatten, führte u. a. zu der bekannnten Preissteigerung für Papier, mit dem Erfolg, daß jetzt bereits der Absatz abflaut.

Diese Krisensymptome, denen auf anderen Gebieten der Wirtschaft noch eine ausreichende Beschäftigung gegenübersteht, zeigen deutlich die katastrophale Lähmung der Kaufkraft der breiten Massen, die die Industrie jetzt noch weiter dadurch zu untergraben sucht, daß sie sich den notwendigen Lohnherabsetzungen mit aller Entschiedenheit widersetzt.

Bedeutende Verschlechterung am Arbeitsmarkt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im November bedeutend verschlechtert. Vom 1. November bis 1. Dezember 1922 stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 21 738 auf 42 593, die Zahl der Zuschlagsempfänger wuchs von 28 169 auf 50 129, so daß insgesamt 92 722 Personen Erwerbslosenunterstützung bezogen. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat ein Anwachsen um fast 40 000. Dementsprechend ist auch die Summe der für die Erwerbslosenunterstützung aufgewandten Beträge gewaltig gestiegen. In der Zeit vom 1. Oktober 1922 bis 1. November 1922 wurden 31 610 705 M. für Erwerbslosenunterstützung verausgabt. In der Zeit vom 1. November bis 1. Dezember 1922 mußten nach dem vorläufigen Ergebnis für denselben Zweck 77 877 752 M. aufgebracht werden.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Jahre 1922. Das vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften vorgelegte Jahrbuch für 1922 zeigt, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Betriebsjahr sich um 2591 Genossenschaften erhöht hat, so daß sich eine Gesamtzahl von 36 234 landwirtschaftlichen Genossenschaften am 1. Juli 1922 ergibt. Hand in Hand mit dieser Erhöhung der Zahl der Genossenschaften ist eine erhebliche Ausdehnung des Geschäftsumfanges der genossenschaftlichen Betätigung erfolgt. Das Warenbezugsgeschäft, insbesondere Kunstdüngemittelgeschäft, daneben aber auch der Maschinenbezugs, weist eine erhebliche Steigerung auf. Das Absatzgeschäft hat durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Kreditgenossenschaften sind bemüht, ihr Betriebskapital zur Erfüllung der durch die Geldentwertung rapide wachsenden Ausgaben zu verstärken.

Gute Konjunktur des deutschen Brauplatts. Die Abschlässe einiger Brauereigenossenschaften zeigen, daß trotz der großen Ernährungskrise in Deutschland das Brauereikapital wie noch nie zuvor profitiert und daß die verschiedenen Fusionen im Brauereigewerbe sich reichlich gelohnt haben. Die Rulmbacher Aktien-gesellschaft, Export-Brauerei verteilt gegenüber 18 Proz. im Vorjahr diesmal 30 Proz. Dividende plus 10 Proz. Bonus, die Abzweigungen sind verdoppelt und der Reingewinn nahezu verdreifacht. Die Holsten-Brauerei Altona erhöht ihre Dividende von 18 auf 25 Proz. plus 15 Proz. Bonus, die Abzweigungen sind verdreifacht. Die Stettiner Brauerei Schilmühe erhöht ihre Dividende ebenfalls von 20 auf 30 Proz., der Betrag der Abzweigungen wird verdreifacht. In allen diesen Fällen sind die wertvollen Vorrechte, in deren Genuß die Aktionäre durch mehrfache Kapitalerhöhung im Laufe des Jahres gelangt sind, nicht enthalten.

1700fache Zölle. Für die Zeit vom 10. bis einschließlich 15. Januar 1923 beträgt das Goldzolllaufgeld 169 900 Proz. (in der Vormonats 178 400 Proz.).

Schwierigkeiten der englischen Baugläser. Der Generalsekretär der englischen Baugläser, S. G. Hobson, berichtete in der Dezember-Kammer des „Guild Socialist“ über die großen Schwierigkeiten, in welche die englischen Baugläser geraten sind, und die er als eine Krise bezeichnet. Der Mangel an eigenen Kapitalen, der eine entsprechende Einschränkung der Kreditfähigkeit nach sich zieht, war von vornherein das größte Uebel. Hierzu kommt, daß

die Gewerkschaft der Bauarbeiter, deren Kasse infolge der krisenhaften Zustände erschöpft ist, ihre finanzielle Unterstützung vorläufig einstellen mußte. Statt der erwarteten 40 000 Pfund erhielten die Gläser aus dieser Quelle nur 12 000 Pfund. Aber auch die Lohnfrage verursachte viele Schwierigkeiten. Die Lohnsumme stellte im Vergleich zu den Kosten der Materialien einen zu hohen Betrag dar. Der Grundbesitz der „fortlaufenden Bezahlung“, d. h., daß die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihren Beschäftigungsgrad dauernd bezahlt werden, kostete den Gläsern 30 000 Pfund und wurde öfters mißbraucht. Die bei den einzelnen Verträgen mit den Auftraggebern vereinbarten Generaluntkosten sind zu niedrig bemessen worden. Das sind jedoch alles nur Kinderkrankheiten der Baugläser, die im übrigen vorzügliche Arbeit leisten, so daß Hobson mit Zuversicht der weiteren Entwicklung der Gläser entgegensehen kann.

Wiederoeffnung von staatlichen Sparkassen in Sowjetrußland. Ein Dekret der Sowjetregierung ordnet die Eröffnung von staatlichen Sparkassen an, die 1918 aufgelöst wurden, und ermächtigt das Finanzministerium, als Maßnahme gegen die Entwertung der Einlagen ihren Nominalwert im Verhältnis zum Sinken des Rubelwertes auf Kosten des Staates zu erhöhen; es können indessen Höchstgrenzen für die Einlagen festgesetzt werden. Die Einlagen sind zu verzinsen und können nur auf Grund von Gerichtsbeschlüssen mit Beschlag belegt werden. Den Operationen ihrer Kunden gegenüber haben die Kassen das strengste Geheimnis zu wahren. Die Sparkassen werden auf Kosten des Staates unterhalten und haben ihre freien Kapitalien auf der Staatsbank zu deponieren.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurztabelle sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 190,50 Geld, 197,50 Brief; 1 brasilianischer Milreis 907,72 Geld, 912,28 Brief; 1 spanischer Peleto 1259,34 Geld, 1265,66 Brief; 100 österr. Kronen (abgest.) 11,57 Geld, 11,63 Brief; 1 tschechische Krone 240,89 Geld, 242,11 Brief; 1 ungarische Krone 3,19 Geld, 3,21 Brief; 1 bulgarische Lewa 52,86 Geld, 53,14 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 86,78 Geld, 87,22 Brief. — 100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 44,25 M.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Der Ring der Nibelungen Vorabend 7 1/2 Uhr: Das Rheingold Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Hanneles Himmelfahrt Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr Trommel in 6. Nachtoper. Anna, die Soldatenbraut Sod. 7 U. z. Male: Kaiser Karls Geliebte Kammerspiele 8: Schön. Frauen Sod. 8 U. : Schön. Frauen Gr. Schauspielh. (Karlsruhe) 7 Uhr: Luthers (die Nachtigall von Wittenberg) Sod. 7 1/2 U. z. Male: Luthers (die Nachtigall v. Wittenberg) Sod. 7. Jan. 3 U. : Das Schwarzwaldmädchen Theater l. d. Königsgrätz. Str. 8: In gaudios Marmor Savonarola Ernst Deutsch Komödienhaus 1.45 U. Erdgeist Orska, Steinerück Berliner Th. 7.15: Madame Pompadour Hilde Wörner, Robert, Wirt, Haskel. Deutsch. Opernhaus 7 1/2 U. Hoffmanns Erzählungen Groß-Volksoper im Theat. d. Westend 7 1/2 U. Barb. v. Sevilla Intimes Theater 7 1/2 U. Buhl will nicht mit Semir Samelind 10 1/2 U. Fräulein von Harnheim Jeder die Hälfte! Lustspielhaus 8: Der Mustergatte mit Max Adami Metropol-Theater 7 1/2 U. NewYork-Berlin U. 10: Die Bajadere Neues Opern-Th. 7 1/2 Uhr: Heirate deine Frau! Neues Th. am Zoo 7 1/2 U. Jan. Eiben Dorelle Dorine u. der Zufall Neues Volkstheater 8: Michael Kramer Schiller-Th. Charl. 8 Uhr: Rose Bernd Renaissance-Th. 7 1/2 U. Most Gastspiel Diele des Iwan Iwanow Thalia-Theater 7 1/2 U. Prinz Don Juan Th. a. Nollendorfpk. 7 1/2 U. Dein Mood... Stg. 3 1/2 U. Fähr u. Biogeda Theater d. Kammern 7 1/2 U. Schlemihl Waller-Theater 8 Uhr: Der köhne Schwimmer Apollo-Theater Friedrichstr. 215 Russisches Romantisches Theater Regie: Boris Romanoff Das Russ. Ballett Nur noch wenige Tage das von der Presse begeistert besprochenes erste Programm Tanzdivertissement Anfang 1/2 Uhr Telephon: Kurf. 656 Casino-Theater Der neue Schlager! 8 Uhr Müllers Prinzenkinder Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Varieté- Spielplan Kauschen gestaltet! Reichshallen-Th. Abend 7 1/2 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr halbes Preise STETTINER Sd. 7 U. z. Male: Bühnen- Brot! 7.1.1923 Theater a. Roth, Ter Th. 7 1/2 u. z. Male Sod. nachm. 3 U. Eiliger Sänger Der große Jantar- Eing. u. v. z. Sod. nachm. 3 U. Stablen Café Zielka Friedrichstraße 69/60 Ecke Leipziger Straße Varieté / Kabarett Billardsäle Heitere Spiels u. Margaretiensaal 7 1/2 Uhr Arnold Rieck Melitta Kleber und andere erzsk. Kunstkräfte. 4 1/4 Täglich 4 1/4 Nachmittags- Vorstellungen Spielplan v. 5.—11. 1. 22. UFA-PALAST A. 200 bis einschl. 7. 1. 1923 Der inische Dünstly ab 8. 1. 1923 Der Meinnach-Film TAUENTZIEFENPALAST bis einschl. 8. 1. 1923 Das Rosenkeller Uml ab 9. 1. 1923 Unter Wilden und wilden Tieren KURFÜRSTENDAMM Lola Montez NOLLENDORF-PLATZ Der Kluge Holländer SOZIALSAL WEINBERGSWEG Chaplin-Week KAMMER-LICHTSP. Der Rhein FRIEDRICHSTRASSE Sigmund? ALEXANDERPLATZ Hallo, mein Junge SCHÖNBERG Phantom HASENHEIDE Am Rande der Großstadt Admirals-Palast Sonntag, den 7. Januar, mittags 12 Uhr! Orchester-Konz. ausgef. v. Mitgl. d. Kapelle d. Staatsoper Leitung Prof. M. v. Schilling U. a. „Das Hexentod“ v. Wildenbruch, Mus. v. Schillings, gesprochen von Hans Mühlhofer vom Staatstheater. Theater, Lichtspiele usw. siehe auch nächstfolgende Seite!
--

